



1

LANDKREIS GÖTTINGEN



Agenda 2030 vor Ort Landkreis Göttingen

Auf dem Weg zu einer
Global Nachhaltigen Kommune

IMPRESSUM

Herausgeber/Copyright

Landkreis Göttingen, Der Landrat

Reinhäuser Landstraße 4

37083 Göttingen

Email: klimaschutz@landkreisgoettingen.de

www.landkreisgoettingen.de/klimaschutz

Ansprechpartnerin: Kristina Schneider

Ansprechpartner Engagement Global

Annette Turmann,

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global

Global Nachhaltige Kommune

Email: info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Kommunikation für Mensch & Umwelt

Michael Danner, Kommunikation für Mensch & Umwelt

Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover

Email: info@umweltkommunikation-danner.de

www.umweltkommunikation-danner.de

Mit Mitteln des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Umsetzung und Gestaltung

Landkreis Göttingen

Referat Nachhaltige Regionalentwicklung

Klimaschutzmanagement

Druck

Göttinger Digitaldruck & Werbeservice (gedruckt auf Recyclingpapier)

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Gefördert durch

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Agenda 2030 vor Ort

Auf dem Weg zu einer Global Nachhaltigen Kommune

Bericht zum Projekt Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen

Vorwort.....	4
1 Nachhaltige Entwicklung als Leitbild.....	5
1.1 Was heißt Nachhaltigkeit?	5
1.2 Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung	5
1.3 Nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen	7
1.4 Die Rolle der Kommunen	7
2 Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen“	8
3 Der Landkreis Göttingen auf dem Weg zur nachhaltigen Kommune	10
3.1 Angaben zum Landkreis Göttingen.....	10
3.2 Status quo	11
3.3 Vorgehensweise im Projektverlauf	13
4 Inhaltliche Schwerpunkte für 2021	15
Anlage	17

Vorwort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

Die Vereinten Nationen haben sich auf Ihrem Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom September 2015 in New York auf einen neuen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung geeinigt. Die sogenannte 2030-Agenda knüpft an die bis 2015 gesetzten Millenniumsziele der Vereinten Nationen an. Darin sind zwei der größten Herausforderungen für eine gerechte Welt eng miteinander verknüpft: die Armutsbekämpfung und das Ziel nachhaltiger Entwicklung.

Kommunen haben für die Umsetzung der in der 2030-Agenda formulierten Ziele eine besondere Bedeutung. In aller Welt stehen Kommunen beim Kampf gegen die Armut sowie bei globalen Umwelt- und Klimaherausforderungen an vorderster Front. Kernstück der 2030-Agenda sind die sogenannten „Sustainable Development Goals“ (SDGs). In allen dieser 17 Ziele geht es darum, für gemeinsame Anliegen und öffentliche Güter auch gemeinsame Sorge zu übernehmen - wie etwa für das Klima, die biologische Vielfalt, das Wasser und den Boden. Gemeinsam das Welthandelssystem fair zu gestalten, soziale Gerechtigkeit zu etablieren oder Frieden zu sichern, werden als Aufgabe aller festgeschrieben. In diesem Rahmen wollen Staaten, Kommunen, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft für globale Ziele gemeinsam Verantwortung tragen.

Ohne die Mitwirkung der Kommunen wird die 2030-Agenda wirkungslos bleiben. Aus diesem Grund bekennt sich der Landkreis Göttingen zur 2030-Agenda und deren Umsetzung.

A handwritten signature in blue ink that reads "Bernhard Reuter".

Bernhard Reuter
Landrat

1 Nachhaltige Entwicklung als Leitbild

1.1 Was heißt Nachhaltigkeit?

Die Entstehung des Begriffs Nachhaltigkeit und damit dessen erste Definition werden in die Anfänge des 18. Jahrhunderts zurückgeführt. Der Oberberghauptmann Carl von Carlowitz empfiehlt im Jahr 1713 in Bezug auf die Bewirtschaftung des Waldes eine „*continuierliche, beständige und nachhaltige Nutzung*“. Dies führt zu dem noch heute gültigen Grundsatz, dass in einem Jahr nur so viel Holz geschlagen werden soll, wie auch nachwachsen kann und damit der Wald dauernd erhalten und bewirtschaftet werden kann.

Im Auftrag der Vereinten Nationen wurde 1987 von der sogenannten Brundtland-Kommission der Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ verfasst. Globale Probleme wie Armut, Wüstenbildung und Waldzerstörung, gewaltsame Konflikte, die Verschmutzung von Luft und Gewässern und die Übernutzung der Rohstoffe wurden nicht mehr isoliert betrachtet. Vielmehr wurde betont, dass diese Probleme gemeinsame Ursachen haben und auch nur gemeinsam zu lösen sind. Die Kommission hat die bekannteste und auch heute noch verwendete Definition für Nachhaltige Entwicklung formuliert:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

In diesem Verständnis drückt sich die Verantwortung der Menschen für die nachfolgenden Generationen aus, was auch mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit beschrieben wird. Entscheidend ist jedoch, dass alle Menschen, die gegenwärtig auf der Erde leben, dieselben Chancen auf ein menschenwürdiges Leben in einer intakten Natur haben. Das wird mit dem Begriff der „Verteilungsgerechtigkeit“ beschrieben. Die Verknüpfung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien für jetzige und zukünftige Generationen bildet somit die Grundlage für eine global nachhaltige Entwicklung. Der Brundtland-Bericht gilt als der Beginn des weltweiten Dialogs über Nachhaltigkeit. Ein weiterer Meilenstein ist die Verabschiedung der Agenda 21 auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro.

1.2 Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Gut zwei Jahrzehnte später, im September 2015, haben die Vereinten Nationen auf ihrer Generalversammlung mit 193 Staaten die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt und stellt einen Meilenstein in der jüngeren Geschichte der Vereinten Nationen dar. Die Länder der Erde machen damit deutlich, dass die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösbar sind. Kernstück der Agenda sind die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*). Sie skizzieren in 169 Unterzielen wie bis zum Jahr 2030 der wirtschaftliche Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft wird und dabei die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Alle Länder der Erde sind aufgerufen, diese Ziele in ihre nationale Politik zu integrieren und umzusetzen. In Deutschland wurden die globalen Nachhaltigkeitsziele in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen, die für alle Ministerien gilt und regelmäßig überarbeitet wird.

DIE SDGs IM ÜBERBLICK

Die 17 Nachhaltigkeitsziele



THE GLOBAL GOALS
For Sustainable Development
www.globalgoals.org

1.3 Nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen

Viele Bundesländer folgen diesem Beispiel und verfassen landesweite Strategien und Programme. Die niedersächsische Landesregierung hat zwei Dokumente, die die Ziele der Agenda 2030 im Blick haben. 2015 wurden Entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet. Diese Leitlinien zeigen die Grundprinzipien der niedersächsischen Entwicklungspolitik auf und benennen Handlungsfelder für zukünftige Aktivitäten. Entwicklungspolitik wird zur Querschnittsaufgabe der Ressorts und sollen in allen Ministerien verankert werden. Dies spiegelt sich bei den Partnerschaften des Landes mit Eastern Cape in Südafrika oder mit Tansania wider. Unterstützt werden nachhaltige Projekte von der beruflichen Bildung bis zum Klimaschutz, vom Jugendaustausch in Schule und Sport bis zum Wasser- und Abfallmanagement sowie zur Energieeffizienz. In der niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2017 werden in 26 Handlungsfeldern Ziele und Indikatoren benannt, wie eine Nachhaltige Entwicklung für Niedersachsen gestaltet und überprüft werden soll. In beiden Fällen gelang die Erarbeitung in einem gemeinsamen Prozess, bei dem alle Landesministerien sowie Verbände der Kommunen, der Wirtschaft und der Nichtregierungsorganisationen einbezogen waren.

1.4 Die Rolle der Kommunen

In internationalen und nationalen Beschlüssen und Strategien wird betont, dass die Staaten alleine diese anspruchsvolle Aufgabe nicht lösen können, sondern dafür auch die Verbände, die Unternehmen und ganz besonders die Kommunen benötigen.

„... die Kommunen sind wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030.“ (Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2017 S.46ff)

„...für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie sind die Kommunen unverzichtbarer Akteur.“ (Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen 2017 S.11)

Von der Sozialarbeit, der Gesundheitsvorsorge, dem Engagement für Bildung, Armutsbekämpfung und Gleichstellung über die Wirtschaftsförderung bis hin zur Verkehrs- und Bauplanung, der Entwicklungspolitik und dem Umwelt- und Klimaschutz bilden die Aktivitäten der Kommunen auch die Themen der Agenda 2030 ab. In den Kommunen leben, arbeiten und konsumieren die Menschen. Sie nutzen Verkehrswege und Energieträger, sie entsorgen ihren Müll, sie bilden sich fort und sie gehen Freizeitaktivitäten nach. In Partnerschaften mit Kommunen im globalen Süden gestalten sie den Austausch von Kenntnissen, Erfahrungen und Sichtweisen. Daher werden in Städten und Gemeinden auch die verschiedenen Bedürfnisse und Zielkonflikte besonders deutlich. Allerdings bieten sich vor Ort auch besondere Möglichkeiten der Begegnung, des Dialogs und damit auch der gemeinschaftlichen Entwicklung von Lösungen.

2 Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen“

Im Jahr 2016 startete in Niedersachsen ein Prozess zur Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele auf der kommunalen Ebene. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global führte mit Unterstützung des Landes Niedersachsen und der kommunalen Spitzenverbände eine Befragung aller niedersächsischen Kommunen durch. In vier regionalen Fachtagungen informierten und vernetzten sich kommunale Akteure. Hier wurde deutlich, wie vielfältig bereits die Ansätze sind: Städte-Partnerschaften, Faire Trade-Aktionen, Kulturelle Veranstaltungen, integrierte Stadtentwicklungsprozesse oder Klimaschutzkonzepte sind einige Beispiele. Was häufig fehlte, war eine Bündelung dieser Aktivitäten und eine fachübergreifende Abstimmung über die Ziele, die prioritären Handlungsfelder und die entsprechenden Zuständigkeiten bei der Umsetzung.

Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen“ setzte hier an. So entwickelten 12 niedersächsische Gemeinden, Städte und Kreise von Ende 2018 bis Ende 2019 Strategien zur Verankerung und Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Die teilnehmenden Kommunen stellen einen Querschnitt der kommunalen Landschaft in Niedersachsen dar: Samtgemeinden, Gemeinden, Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landkreise sind mit im Boot.

Die Ziele des Projekts bündeln sich in zwei zentralen Punkten:

- Bewusstsein schaffen für die globalen Auswirkungen des kommunalen Handelns
- Die Nachhaltigkeitsziele als Querschnittsthemen im Verwaltungshandeln verankern

Jede Kommune ist anders – daher galt auch für das Projekt, dass jede Kommune im Rahmen ihrer Bedürfnisse, ihrer Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten Beratung und Unterstützung erhält.

Zentrale Bausteine des Projektes waren:



1. Bestandsaufnahme: Ein Überblick zu vorhandenen Konzepten zeigte Anknüpfungspunkte.
2. Projektbegleitgruppen: Der Querschnitts-charakter wird deutlich, wenn sich innerhalb einer Kommune Personen aus allen Bereichen der Verwaltung austauschen.
3. Netzwerktreffen: Drei Vernetzungstreffen und eine feierliche Abschlussveranstaltung für alle beteiligten Kommunen boten Gelegenheiten zum Wissenstransfer und zur kollegialen Beratung.
4. Erstellung eines kommunalen SDG-Nachhaltigkeitsberichts: Jede Kommune beschreibt für ihre Verwaltung, Kommunal-politik und die Öffentlichkeit die Ergebnisse des Projektes und skizziert, wie sie sich dauerhaft für eine global nachhaltige Entwicklung vor Ort einsetzt.
5. Am 4. Dezember 2018 fand in Osnabrück als offizieller Auftakt das erste Vernetzungstreffen statt. Die Anwesenden stellten ihre bisherigen Aktivitäten sowie Erwartungen vor. Dabei ergab sich ein kreativer Blumenstrauß an Projekten und Aktionen. Es wurde deutlich, wie groß die Möglichkeiten des Voneinander-Lernens noch sind. Dieser Austausch wurde in Hannover und in Buxtehude fortgeführt. Dazwischen gab es die Phasen der Beratung und der Diskussion innerhalb der Projektbegleitgruppen. Den Abschluss des Projektes bildete ein Treffen in Hannover, bei dem alle Kommunen nochmals für ihr Engagement gewürdigt wurden.

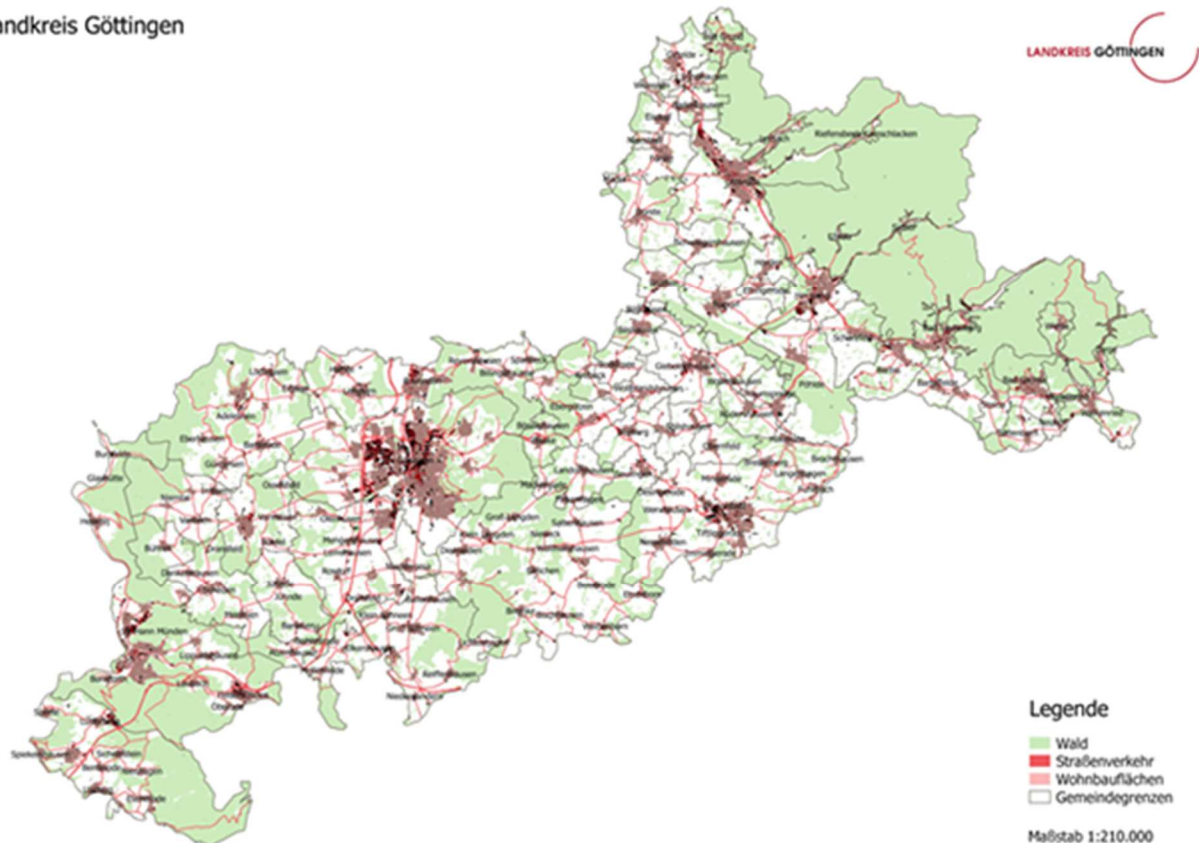


3 Der Landkreis Göttingen auf dem Weg zur nachhaltigen Kommune

3.1 Angaben zum Landkreis Göttingen

Mit Beschluss der Kreistage vom 28.08.2013, bzw. dem 19.08.2013 fusionierten die Altkreise Göttingen und Osterode am Harz zum 01.11.2016 unter dem Namen Landkreis Göttingen. Der neue Landkreis Göttingen umfasst insgesamt eine Fläche von 1.753,28 km². Ohne die Einwohnerinnen und Einwohner der nicht zugehörigen Stadt Göttingen zu zählen, leben im Landkreis Göttingen 210.624 Einwohner*innen.

Landkreis Göttingen



Mit Fusion der beiden Landkreise gehören 18 Städte, Gemeinden und Samtgemeinden dem neuen Landkreis Göttingen an. Ohne die Stadt Göttingen sind dies:

- Die Flecken Adelebsen und
- Bovenden,
- die Samtgemeinden Dransfeld,
- Gieboldehausen,
- Radolfshausen,
- Hattorf am Harz und
- Walkenried,
- Duderstadt,
- Bad Lauterberg im Harz,
- Bad Sachsa,
- Osterode am Harz,
- sowie die Gemeinden Friedland,
- Gleichen,
- Rosdorf,

- die Städte Hann. Münden,
- Herzberg am Harz,
- Staufenberg und
- Bad Grund

Die Stadt Göttingen nimmt in ihrer Zuständigkeit für den Landkreis eine Sonderstellung ein und ist gemäß §16 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 01.11.2011 zwar kreisangehörige Stadt, auf die allerdings die für kreisfreie Städte geltenden Vorschriften anzuwenden sind. Das Gebiet der Stadt Göttingen ist nicht Bestandteil des Antrags.

Bei der Flächenbetrachtung des Landkreises Göttingen stechen vor allem die landwirtschaftlichen Flächen und Waldflächen heraus. Gemeinsam nehmen diese beiden Naturräume etwas mehr als 80% der Fläche ein. Hierbei stellen landwirtschaftliche Flächen mit mehr als 50% den größten Anteil, circa 30% der Flächen des neuen Landkreises Göttingen sind mit Wald bedeckt. Etwas mehr als zehn Prozent entfallen zu nahezu gleichen Teilen auf die Verkehrsflächen sowie bebaute Bereiche.

Wirtschaftlich überwiegen die Sektoren des produzierenden Gewerbes mit ca. 36 % und sonstige Dienstleistungen mit 40 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die wirtschaftlichen Kernkompetenzen des Altkreises Göttingen liegen in der Biotechnologie, Medizintechnik, Messtechnik, Feinmechanik, Optik und Verpackung. Darüber hinaus ist mit der vielfältigen Hochschullandschaft der Stadt Göttingen ein leistungsfähiger Wissenschaftsstandort vorhanden. Für den Altkreis Osterode am Harz spielt der Gesundheits- und Tourismussektor eine gewichtige Rolle. Touristisch bedeutende Orte sind die Kurorte Bad Lauterberg und Bad Sachsa.

Die Kreisverwaltung des neuen Landkreises Göttingen bündelt mit der Fusion die Tätigkeits- und Aufgabenbereiche ehemals zweier selbständiger Verwaltungseinheiten. In ihrer Funktion als kommunales Dienstleistungszentrum und Arbeitgeber verteilen sich mit der Kreisfusion die Organisationseinheiten der Verwaltung auf insgesamt 19 Standorte mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 1.649 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.¹

3.1 Status quo

Mit der Vorstellung nachhaltiger Entwicklung von Gesellschafts-, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik beschrieben die Vereinten Nationen im Jahr 1992 grundlegende Handlungsrahmen für Staaten. Das Maßnahmenprogramm „**Agenda 21**“ adressierte sich unter anderem an Kommunen auf ihrer Ebene ein Handlungsprogramm in Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteur*innen zu erstellen. Der Kreistagsbeschluss vom 28. Februar 2001 richtete der Landkreis Göttingen sein Handeln an den Leitlinien zur Agenda 21 aus und entwickelte seine Aktivitäten zum „zukunftsfähigen Landkreis Göttingen“ in diesem Sinne weiter (Drs- Nr.: 0003/2001). Fortan diene die Orientierung an den Leitlinien zur Agenda 21 als Basis für die Etablierung und Umsetzung verschiedener Projekte und Initiativen mit dem Ziel einer nachhaltigen Ausgestaltung der Region.

Beispielhaft hat der Landkreis Göttingen in der Vergangenheit **Klimaschutzprojekte** angestoßen, die sich zurzeit in der Umsetzung befinden oder bereits abgeschlossen wurden. Mit Kreistagsbeschluss

¹ Stand: 31.12.2017

vom 30.10.2018 erging das Ziel der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040. Der Landkreis Göttingen strebt an, bis zum Jahr 2040 eine bilanzielle Neutralität der Treibhausgasemissionen vorzuweisen.

Hierfür sind zudem Sektorenziele definiert:

(1) ***Zielsetzung Sektor Strom und Wärme: 100% Erneuerbare Energien bis 2040***

Der Energiebedarf des Landkreises soll bis zum Jahr 2040 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden.

(2) ***Zielsetzung Verkehrssektor: Treibhausgasneutralität bis 2040***

Der Mobilitätssektor im Landkreis Göttingen wird bis 2040 weitestgehend unabhängig von fossilen Kraftstoffen und somit treibhausgasneutral sein.

(3) ***Zielsetzung Energieeffizienz: Reduzierung des Energieverbrauchs um 50% bis 2040***

Die Reduzierung des Endenergieverbrauchs um 50 Prozent bildet eine wesentliche Säule zur Erreichung der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040.

(4) ***Zielsetzung eigene Liegenschaften: Reduzierung des Energieverbrauchs um 2,5 %/a***

Die Verwaltung des Landkreises Göttingen wird den Energieverbrauch aller kreiseigenen Liegenschaften nachweislich reduzieren. Als Zielkennzahl gilt eine jährliche Reduktion um 2,5%.

Die Erneuerung der Klimaschutzpolitischen Ziele aus dem Jahr 2018 bilden die Aktivitäten des Landkreises Göttingen ab, die seit Jahren auf unterschiedlichen Ebenen Klimaschutzakzente setzen. Als Mitglied des Klimabündnisses hat sich der Landkreis so bereits 1993 auf eine freiwillige Reduktion des Pro-Kopf-CO₂-Ausstoßes bis 2030 (Basisjahr 1990) um 50 % verpflichtet. 2013 ist der Landkreis Göttingen dem gesamtdeutschen Netzwerk von und mit engagierten Kommunen und Regionen für eine dezentrale, nachhaltige Energiewende zur 100 % Erneuerbare-Energie-Region beigetreten.

Das Themenfeld **Nachhaltigkeit** ist im Jahr 2019 verstärkt in den Fokus des Verwaltungshandelns gerückt. Mit Teilnahme des Landkreises am Projektvorhaben „Global Nachhaltige Kommune“ wurde ein nachhaltiger Prozess angestoßen, der bisherige Projektvorhaben unterstützt und politische Zielsetzungen, wie des Klimaschutzes unterstreicht.

Der Landkreis Göttingen bindet nachhaltige Themen auch im Rahmen seiner Auszeichnung als **Fair Trade-Region**. Bereits seit 2013 zeigt der Landkreis in Kooperation mit der Stadt Göttingen besonderes Engagement für den Fairen Handel. Neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Konsumverhalten liegt ein Schwerpunkt auf der Fairen Beschaffung durch die öffentliche Hand.

Basierend auf der Partnerschaft mit der guatemaltekischen Hochland-Gemeinde San Juan Comalapa, die seit 2013 offiziell besteht und bereits seit Ende der 90er Jahre im Zuge des Agenda 21- Prozesses initiiert wurde, verstetigt der Landkreis Göttingen entwicklungspolitische Ansätze. Zur Koordination kommunaler Entwicklungspolitik in Stadt und Landkreis Göttingen wird eine Personalstelle aus dem Programm „Kommunen in der einen Welt“ mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bis einschließlich März 2021 gefördert. Zudem wurden durch den Kreistagsbeschluss vom 03.11.2016 ((Drs- Nr.: 0192/2018) die Kreistagsageordneten Ute Haferburg als Vollmitglied und Nadia Affani als stellvertretendes Mitglied in den **Rat der Gemeinden und Regionen Europas**- Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit entsandt. Hier wird der zunehmenden Bedeutung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit Rechnung getragen und im europäischen Kontext gemeinsam agiert.

Das Themenfeld Nachhaltigkeit spiegelt sich auch in **den LEADER-Regionen** Göttinger Land und Osterode am Harz wider. Die LEADER-Region Göttinger Land besteht seit dem 12. Oktober 2000 und wurde für die Förderperiode 2014-2020 als eine der derzeit 41 Niedersächsischen LEADER-Regionen ausgewählt. Im Rahmen der letzten Förderperiode umfasst der Landkreis Göttingen ebenfalls die LEADER-Region Osterode am Harz. In beiden Regionen bildet die Grundlage für die Förderung eine von regionalen Akteuren erarbeitete Entwicklungsstrategie (Regionales Entwicklungskonzept, REK) und die Gründung einer Lokalen Partnerschaft (LAG) für ihre Umsetzung.

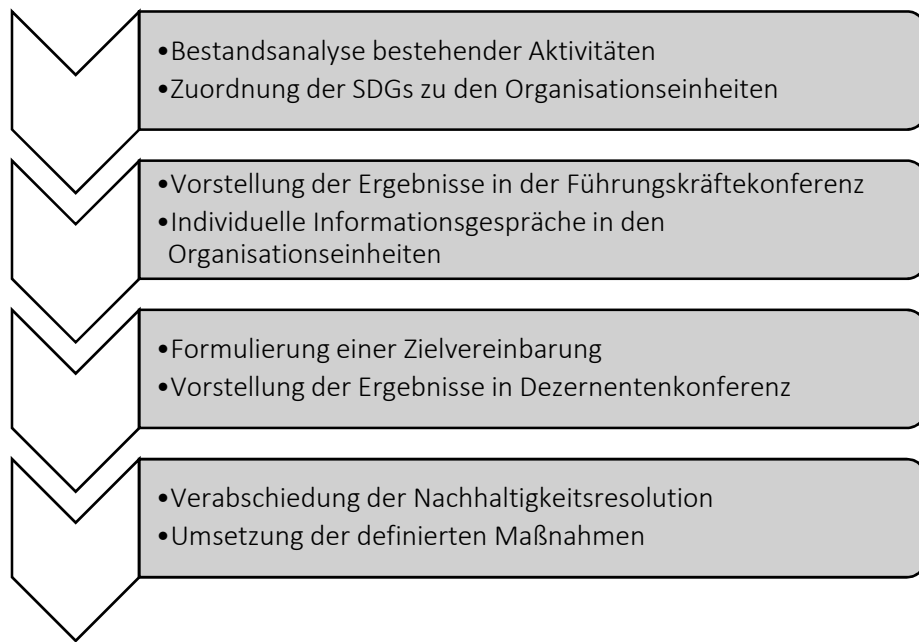
3.2 Vorgehensweise im Projektverlauf

Das Projekt „Agenda 2030 vor Ort – Landkreis Göttingen – Auf dem Weg zu einer Global Nachhaltigen Kommune“ wurde federführend durch das Klimaschutzmanagement prozesshaft begleitet. Zu Beginn des Projektes wurde zur Erfassung aller bereits stattfindenden oder geplanten Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Verwaltung eine Bestandsanalyse durchgeführt. Hierzu wurde anhand des Verwaltungsorganigramms eine Matrix erstellt, die eine Zuordnung der Organisationseinheiten zu den 17 Nachhaltigkeitszielen möglich machte (Zuordnungs-Matrix siehe Anlage). Die Auswertung ergab, dass viele Aspekte der Agenda 2030 bereits im Verwaltungshandeln integriert sind, allerdings nicht aus Perspektive der Nachhaltigkeit betrachtet worden sind.

In einem zweiten Schritt wurde eine Informationsveranstaltung im Rahmen der Führungskräftekonferenz durchgeführt. Das Klimaschutzmanagement informierte über globale, nationale und niedersächsische Aspekte der Agenda 2030. Zusätzlich wurden den Teilnehmenden erste Ergebnisse der Recherche präsentiert, sodass den Führungskräften die Gelegenheit geboten wurde, die Nachhaltigkeitsziele für ihre Organisationseinheit zu bewerten und zu kommentieren.

Die Rückmeldungen aus der Führungskräftekonferenz wurden für den weiteren Prozess eingearbeitet. In einem weiteren Schritt wurden konkrete Maßnahmenvorschläge aus den unterschiedlichen Organisationseinheiten formuliert, die dem Klimaschutzmanagement im Rahmen von Informationsgesprächen übermittelt wurden. Die Informationsgespräche hatten neben dem Ziel der Maßnahmengestaltung, darüber hinaus das Ziel, die Beschäftigten, die über ihre Führungskräfte über das Projekt informiert worden sind, hinsichtlich der Thematik der nachhaltigen Entwicklung weiter zu sensibilisieren.

Die Ergebnisse wurden der Verwaltungsleitung im Rahmen der Dezernentenkonferenz aufbereitet; zugleich wurde ein Fahrplan entwickelt, in welchem Ziele und Maßnahmen formuliert und als prioritär bewertet, zu verfolgen sind. Auf der Grundlage dieses Fahrplans hat sich der Landkreis Göttingen als Zwischenziel zur verstärkten Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen verpflichtet, was vom Kreistag in seiner Sitzung am 18.12.2019 beschlossen wurde. Damit verfolgt der Landkreis die Zielsetzung, Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in allen Handlungsbereichen der Kommune ganzheitlich, partizipatorisch, generationengerecht und global verantwortlich zu gestalten. Das Muster der Resolution kann im Anhang eingesehen werden.



Die Erfassung der Nachhaltigkeitsaktivitäten im Landkreis Göttingen und ihre Zuordnung zu den SDGs sind zentrale Schritte zur Verknüpfung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit dem Verwaltungshandeln. In den einzelnen Organisationseinheiten des Landkreises Göttingen ist die Umsetzung des Leitbildes „Nachhaltigkeit“ seit vielen Jahren ein fortwährender Prozess, der von Politik und Verwaltung getragen wird. Um diesen Prozess der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ dauerhaft in der Verwaltung zu verankern und das Verwaltungshandeln in einem wechselseitigen Dialog zu verbinden, soll in einem weiteren Schritt Nachhaltigkeit in der Strategiekarte 2022 des Landkreises Göttingen eingebunden werden.

4 Stand der Dinge 2020 und Ausblick auf 2021


















Nachhaltige Entwicklung ist kein statischer Zustand, sondern ein dynamischer und stetiger Prozess, der eine ständige Anpassung an sich ändernde Bedingungen bedarf. Den Blick nach Innen zu richten, nachhaltige Strukturen im Verwaltungshandeln zu implementieren, ist ebenso wichtiger Bestandteil, wie das Thema Nachhaltigkeit auch aktiv nach Außen zu transportieren. Die Verwaltungsleitung hat in der Dezernentenkonferenz vom 03. September 2020 aus diesem Grund folgende Maßnahmen zur Implementierung der Nachhaltigkeitsziele formuliert:

- Nachhaltige Ausrichtung der **Finanzpolitik** – ausgeglichener Haushalt und Schuldenabbau zugunsten zukünftiger Generationen.
- Mitwirkung in regionalen und nationalen **Nachhaltigkeitsnetzwerken**.
- Bestehende und neue Projekte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene mit einem oder mehreren der 17 SDGs in Zusammenhang bringen und sichtbar machen:
 - Stärkung und Umsetzung des globalen Nachhaltigkeitsziels 5 „**Geschlechtergerechtigkeit**“ im Landkreis Göttingen als Querschnittsthema, insbesondere durch die Fortführung und Verstetigung der bisherigen Initiativen, Aktivitäten und Projekten.
 - Nachhaltige Ausrichtung eingesetzter **Baustoffe** im Hoch- und Tiefbau unter Berücksichtigung der Wiederverwertbarkeit und des möglichen Einsatzes von Recyclingbaustoffen.
 - **Verstetigung** von Klimaschutz auf kommunaler Ebene.
 - Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2018-2023 inklusive der prioritär bewerteten Maßnahmen, mit dem Ziel einer bilanziellen Treibhausgasneutralität bis 2040.
 - Der Energiebedarf wird bis 2040 zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt,
 - Der Energieverbrauch aller kreiseigenen Liegenschaften wird jährlich um 2,5% reduziert.
 - Förderung nachhaltiger **Mobilität**.
 - Stärkung des öffentlichen und des nichtmotorisierten Verkehrs (Umsetzung des Masterplans Radverkehr und des VSN-Tarifgutachten).
 - Umsetzung des Betrieblichen Mobilitätsmanagementkonzepts zur Förderung umweltschonender Verkehrsmittel innerhalb der Kreisverwaltung.
 - **Fairtrade**-Town seit 2013.
 - Ausbau des Fairen Handels, dabei insbesondere Ausbau der bisherigen Ansätze für eine faire Beschaffung sowie Unterstützung von Aktionen zur Verbreitung des Gedankens des fairen Handels.
 - Entwicklung einer Richtlinie für Nachhaltige Beschaffung in der Kreisverwaltung.
 - Beratungsangebote für die Kreiskommunen weiterführen bzw. ausbauen durch Angebotsgestaltung von gemeinsamen Schulungen oder Veranstaltungen.
 - Verstetigung **kommunaler Partnerschaften** für globale Verantwortung.
 - Erweiterung der seit 2013 gegründeten Partnerschaft mit der Gemeinde San Juan Comalapa in Guatemala.
 - Weiterführung der seit 2011 laufenden Mitarbeit der delegierten Kreistagsabgeordneten im Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Rat der Gemeinden und Regionen Europas.

- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Engagement Global gGmbH sowie Fortführung der Mitgliedschaft beim Klima-Bündnis e. V. – einem Netzwerk zur Förderung indigener Völker.
- **Nachhaltige Beschaffung:** Das Beschaffungswesen für vereinzelte Produktgruppen soll unter Berücksichtigung nachhaltiger, ökologischer und sozialer Standards neu aufgestellt werden. Eine einheitliche, standardisierte **Beschaffungsrichtlinie**, die Nachhaltigkeitskriterien explizit ausweist, ist im Landkreis Göttingen noch nicht umgesetzt. Eine Abfrage durch das Klimaschutzmanagement hinsichtlich Vergabepraktiken ergab, dass die öffentliche Beschaffung und Vergabe für einige Produktgruppen bspw. Möbel, Papier, Toner oder Fuhrpark zentral durch den Fachdienst „Innere Dienste“ erfolgt, andere Produktgruppen wie bspw. Büromaterial dezentral durch die einzelnen Organisationseinheiten bestellt werden. Die Auswertung der Abfrage ergab zudem, dass die Produktgruppen Büromaterial, Möbel sowie Textilien näher betrachtet und in Zukunft unter Einhaltung nachhaltiger Kriterien ausgeschrieben werden sollen. Eine Richtlinie wird hierzu in 2021 durch das Klimaschutzmanagement in enger Absprache mit den verantwortlichen Organisationseinheiten erarbeitet.
- **Bildung:** Der Landkreis Göttingen verfolgt einen ganzheitlichen Bildungsansatz, der den „klassischen Bildungsweg“ um die Bereiche der kulturellen, sozialen, politischen und nachhaltigen Entwicklung ergänzt. Bei der Gewährleistung einer inklusiven, gleichberechtigten und hochwertigen Bildung im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele (Ziel Nr. 4) sollen sog. **Familienzentren** eine besondere Rolle einnehmen. Die in den ländlichen Kommunen angesiedelten Familienzentren fungieren als Knotenpunkte im Sozialraum, in dem sie Angebote vor Ort bündeln und mitgestalten sowie eine Lotsenfunktion übernehmen. Diese bestehenden Angebote sollen individuell um Angebote im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele erweitert werden. Durch ein Angebot niederschwelliger und alltagstauglicher Handlungsalternativen sollen Familien zur Verhaltensänderungen, vor allem des Konsumverhaltens, ganz im Sinne einer Suffizienzstrategie angeregt werden. Die Familienzentren sollen als Vorbild vorangehen und eine klimafreundliche und nachhaltige Lebensweise vorleben. Eine entsprechende Projektbeantragung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative wurde eingereicht.

ANLAGE

1 Zuordnung der SDG zu den Fachbereichen des Landkreises Göttingen

Die 17 Sustainable Development Goals (SDG) in der Verwaltungsstruktur des Landkreises Göttingen																	
																	
Landrat	Zentrale Steuerung -01-																✓
	Öffentlichkeitsarbeit -02-																
	Justizrat -03-																
	Gleichstellung -04-	✓			✓			✓									
	Rechnungsprüfungsamt -14-																
Dezernat I	Referat Nachhaltige Regionalentwicklung -05-						✓	✓	✓		✓	✓	✓	✓	✓		
	Veterinärwesen und Verbraucherschutz -39-			✓													
	Kreisentwicklung und Bauen -60-						✓				✓						
	Umwelt -70-		✓						✓		✓			✓	✓		
	Gebäudemanagement -80-				✓			✓		✓				✓			
Dezernat II	Referat Demografie und Sozialplanung -06-	✓															
	Bildung, Sport und Kultur -40-												✓				
	Soziales -50-	✓			✓			✓	✓		✓					✓	
	Jugend -51-	✓			✓					✓						✓	
	Jobcenter -56-	✓						✓	✓		✓						
Dezernat III	Innere Dienste -10-				✓												
	Finanzen -20-															✓	
	Öffentliche Sicherheit und Ordnung -32-										✓				✓	✓	